772866-2024 - Wettbewerb

Deutschland – Dienstleistungen von Architektur- und Ingenieurbüros sowie planungsbezogene Leistungen – Vergabe von Planungsleistungen - Hangsicherung Feuerwehrgerätehaus
OJ S 245/2024 17/12/2024
Auftrags- oder Konzessionsbekanntmachung – Standardregelung
Dienstleistungen

1. Beschaffer

1.1. Beschaffer

Offizielle Bezeichnung: Stadt Bad Münstereifel
E-Mail: zvs@bad-muenstereifel.de
Rechtsform des Erwerbers: Lokale Gebietskörperschaft
Tätigkeit des öffentlichen Auftraggebers: Allgemeine öffentliche Verwaltung

2. Verfahren

2.1. Verfahren

Titel: Vergabe von Planungsleistungen - Hangsicherung Feuerwehrgerätehaus
Beschreibung: Die Stadt Bad Münstereifel beabsichtigt infolge der Hochwasserkatastrophe 2021 einen Neubau des Feuerwehrgerätehauses in Bad Münstereifel. Dieses wurde durch die angrenzende Erft stark beschädigt, weshalb eine Sanierung nicht ausreichend ist. Der geplante Ersatzneubau des Feuerwehrgerätehauses soll an derselben Stelle erfolgen. Dies befindet sich an der Kölner Straße in Bad Münstereifel. Hierzu muss die Felsböschung zur angrenzenden L 194 mitbetrachtet werden. Die Maßnahmen zur Hangsicherung werden durchgeführt, wenn das beschädigte Feuerwehrgerätehaus abgerissen wurde und somit ausreichend Platzbedarf vorhanden ist. Es liegt ein geotechnisches Gutachten zur Bewertung der Hangsituation vor Ort vor. Diese Stellungnahme zeigt auf, dass eine Gefährdung durch Steinschlag und Erdrutsche im Bereich der Feuerwehr und des angrenzenden Parkplatzes vorliegt. Um diese Gefährdung reduzieren zu können, sollen Sicherungsarbeiten an der Böschung durchgeführt werden. Eine Sicherung des Hangs ist unumgänglich, da es auf Grund der progressiven Aufwitterung zu Spaltenbildungen, Unterhöhlungen und folglich dadurch auch zu größeren Massenbewegungen kommen kann. Gleichzeitig wird durch das hochzugfeste Netz eine Taschenausbildung ausgeschlossen. Die aktuelle Situation der Hangböschung im Bereich des Feuerwehrgerätehauses wird in Abbildung 2 in der Leistungsbeschreibung genauer dargestellt.
Kennung des Verfahrens: 2e5b033d-efc1-40a8-bb8d-25b7752affe5
Interne Kennung: 2024-VgV-M31-6-015
Verfahrensart: Offenes Verfahren
Das Verfahren wird beschleunigt: nein

2.1.1. Zweck

Art des Auftrags: Dienstleistungen
Haupteinstufung (cpv): 71240000 Dienstleistungen von Architektur- und Ingenieurbüros sowie planungsbezogene Leistungen
Zusätzliche Einstufung (cpv): 71327000 Dienstleistungen in der Tragwerksplanung, 71000000 Dienstleistungen von Architektur-, Konstruktions- und Ingenieurbüros und Prüfstellen

2.1.2. Erfüllungsort

Postanschrift: Kölnerstraße 8
Stadt: Bad Münstereifel
Postleitzahl: 53902
Land, Gliederung (NUTS): Euskirchen (DEA28)
Land: Deutschland

2.1.3. Wert

Geschätzter Wert ohne MwSt.: 1,00 EUR

2.1.4. Allgemeine Informationen

Zusätzliche Informationen: Bekanntmachungs-ID: CXQ1YDMYP2S
Rechtsgrundlage:
Richtlinie 2014/24/EU
vgv -

2.1.6. Ausschlussgründe

Rein innerstaatliche Ausschlussgründe: [Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB.]
Der Zahlungsunfähigkeit vergleichbare Lage gemäß nationaler Rechtsvorschriften: [Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB.]
Korruption: [Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB.]
Beteiligung an einer kriminellen Vereinigung: [Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB.]
Vereinbarungen mit anderen Wirtschaftsteilnehmern zur Verzerrung des Wettbewerbs: [Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB.]
Verstoß gegen umweltrechtliche Verpflichtungen: [Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB.]
Geldwäsche oder Terrorismusfinanzierung: [Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB.]
Betrugsbekämpfung: [Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB.]
Kinderarbeit und andere Formen des Menschenhandels: [Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB.]
Zahlungsunfähigkeit: [Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB.]
Verstoß gegen arbeitsrechtliche Verpflichtungen: [Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB.]
Verwaltung der Vermögenswerte durch einen Insolvenzverwalter: [Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB.]
Falsche Angaben, verweigerte Informationen, die nicht in der Lage sind, die erforderlichen Unterlagen vorzulegen, und haben vertrauliche Informationen über dieses Verfahren erhalten.: [Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB.]
Interessenkonflikt aufgrund seiner Teilnahme an dem Vergabeverfahren: [Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB.]
Direkte oder indirekte Beteiligung an der Vorbereitung des Vergabeverfahrens: [Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB.]
Schwere Verfehlung im Rahmen der beruflichen Tätigkeit: [Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB.]
Vorzeitige Beendigung, Schadensersatz oder andere vergleichbare Sanktionen: [Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB.]

Verstoß gegen sozialrechtliche Verpflichtungen: [Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB.]
Zahlung der Sozialversicherungsbeiträge: [Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB.]
Einstellung der gewerblichen Tätigkeit: [Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB.]
Entrichtung von Steuern: [Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB.]
Terroristische Straftaten oder Straftaten im Zusammenhang mit terroristischen Aktivitäten: [Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB.]

5. Los

5.1. Los: LOT-0001

Titel: Vergabe von Planungsleistungen - Hangsicherung Feuerwehrgerätehaus
Beschreibung: Für die Sicherungsmaßnahme der Böschung wird eine Planung notwendig, welche den genauen Herstellungsvorgang vorgibt. Als Sicherungsmaßnahmen wird ein hochzugfestes Stahldrahtgeflecht mit Rückverankerung empfohlen. Hierbei werden die Nägel auf Grund der tiefen reichenden Verwitterung im kritischen Bereich mit einer Länge von 4,0 bis 8,0 m ausgeführt. Zusätzlich sind für die Krall- und Ankerplatten Vertiefungen zu schaffen, so dass eine Vorspannung des Netzes möglich ist. Abschließend wird eine Erosionsschutzmatte mit Anspritzbegrünung notwendig, da es sich zum Teil um wenig verwitterungsresistente Gesteine (Tonsteine) handelt. Durch die Planung soll die Ausdehnung der Maßnahme in Form eines Lageplans, Schnitten und Ansichten dargestellt werden. Da es sich bei der Maßnahme um eine "flexible" Böschungssicherung handelt, wird der "Ausführungsplan" als "Bestandsplan" durch die bauausführende Firma erst nach der Erstellung der Sicherung erstellt. Dabei kann das Nagelraster auf ca. 2,5 m * 2,5 m bis 3,5 m * 3,5 m aufgeweitet werden. Dies muss durch eine statische Berechnung festgelegt werden. Allerdings werden durch die Inhomogenitäten (Klüfte, Spalten, Einmuldungen) Zusatznägel notwendig, wodurch zum Teil kein regelmäßiges Nagelraster entsteht, was geplant werden muss. Die erste Nagelreihe ist ca. 0,5 m über der Oberkante Gradiente = Arbeitsraum/Parkplatz und die letzte Nagelreihe ist unterhalb der Oberkante der Felsböschung zu planen, wobei eine zusätzliche Nagellage oberhalb der Felsböschungskante zur Sicherung des Schutznetzes in diesem Bereich anzuordnen ist. Der Netzabschluss oben, unten und an den Seiten wird mit Seilankern (d=14,5 mm, 4,0 m lang) und abgespannten Randseilen vorgenommen, so dass das Geflecht über die Böschungsknicke gespannt werden kann. Hier werden, aufgrund der unregelmäßigen Netzgeometrie, insgesamt ca. 16 Seilanker erforderlich. Die Planung der Hangsicherung soll gemäß den zusätzlichen technischen Vertragsbedingungen und Richtlinien für Ingenieurbauten (ZTV-ING) erfolgen. Für die Sicherungsmaßnahme der Böschung wird des Weiteren eine Tragwerksplanung notwendig, welche die Standfestigkeit der Hangsicherung vorgibt. Die Tragwerksplanung soll ergänzend zur Objektplanung durchgeführt werden, sodass eine ausreichende Sicherheit durch die Vernagelung vorliegt. Als Sicherungsmaßnahmen wird ein hochzugfestes Stahldrahtgeflecht mit Rückverankerung empfohlen. Hierbei werden die Nägel auf Grund der tiefen reichenden Verwitterung im kritischen Bereich mit einer Länge von 4,0 bis 8,0 m ausgeführt. Zusätzlich sind für die Krall- und Ankerplatten Vertiefungen zu schaffen, so dass eine Vorspannung des Netzes möglich ist. Abschließend wird eine Erosionsschutzmatte mit Anspritzbegrünung notwendig, da es sich zum Teil um wenig verwitterungsresistente Gesteine (Tonsteine) handelt. Durch die Planung soll die Ausdehnung der Maßnahme in Form eines Lageplans, Schnitten und Ansichten dargestellt werden. Da es sich bei der Maßnahme um eine "flexible" Böschungssicherung

handelt, wird der "Ausführungsplan" als "Bestandsplan" durch die bauausführende Firma erst nach der Erstellung der Sicherung erstellt. Dabei kann das Nagelraster auf ca. 2,5 m * 2,5 m bis 3,5 m * 3,5 m aufgeweitet werden. Dies muss durch eine statische Berechnung festgelegt werden. Allerdings werden durch die Inhomogenitäten (Klüfte, Spalten, Einmuldungen) Zusatznägel notwendig, wodurch zum Teil kein regelmäßiges Nagelraster entsteht, was geplant werden muss. Die erste Nagelreihe ist ca. 0,5 m über der Oberkante Gradiente = Arbeitsraum/Parkplatz und die letzte Nagelreihe ist unterhalb der Oberkante der Felsböschung zu planen, wobei eine zusätzliche Nagellage oberhalb der Felsböschungskante zur Sicherung des Schutznetzes in diesem Bereich anzuordnen ist. Der Netzabschluss oben, unten und an den Seiten wird mit Seilankern (d=14,5 mm, 4,0 m lang) und abgespannten Randseilen vorgenommen, so dass das Geflecht über die Böschungsknicke gespannt werden kann. Hier werden, aufgrund der unregelmäßigen Netzgeometrie, insgesamt ca. 16 Seilanker erforderlich. Die Tragwerksplanung der Hangsicherung soll gemäß den zusätzlichen technischen Vertragsbedingungen und Richtlinien für Ingenieurbauten (ZTV-ING) erfolgen. Außerdem dient das beiliegende Baugrundgutachten als Grundlage zur weiteren Planung. Einzelheiten zu den spezifischen Leistungspflichten sind den Leistungsbeschreibungen zu entnehmen.
Interne Kennung: 2024-VgV-M31-6-015

5.1.1. Zweck

Art des Auftrags: Dienstleistungen
Haupteinstufung (cpv): 71240000 Dienstleistungen von Architektur- und Ingenieurbüros sowie planungsbezogene Leistungen
Zusätzliche Einstufung (cpv): 71327000 Dienstleistungen in der Tragwerksplanung, 71000000 Dienstleistungen von Architektur-, Konstruktions- und Ingenieurbüros und Prüfstellen

5.1.2. Erfüllungsort

Postanschrift: Kölnerstraße 8
Stadt: Bad Münstereifel
Postleitzahl: 53902
Land, Gliederung (NUTS): Euskirchen (DEA28)
Land: Deutschland

5.1.3. Geschätzte Dauer

Andere Laufzeit: Unbekannt

5.1.6. Allgemeine Informationen

Die Namen und beruflichen Qualifikationen des zur Auftragsausführung eingesetzten Personals sind anzugeben: Erforderlich für das Angebot
Auftragsvergabeprojekt nicht aus EU-Mitteln finanziert
Die Beschaffung fällt unter das Übereinkommen über das öffentliche Beschaffungswesen: nein
Diese Auftragsvergabe ist auch für kleine und mittlere Unternehmen (KMU) geeignet: ja
Zusätzliche Informationen: #Besonders auch geeignet für:freelance#, #Besonders auch geeignet für:selbst#, #Besonders auch geeignet für:other-sme# Es handelt sich bei diesem Projekt um eine durch das Land Nordrhein-Westfalen und die Bundesrepublik Deutschland geförderte Maßnahme zur Beseitigung von Schäden an öffentlicher und privater Infrastruktur sowie zum Wiederaufbau anlässlich der Starkregen- und Hochwasserkatastrophe im Juli 2021 (Förderrichtlinie (FRL) Wiederaufbau Nordrhein-Westfalen) vom 10. September 2021. Der unter Punkt "Umfang der Auftragsvergabe" benannte Auftragswert stellt nur die addierten (mehrere Planungsobjekte) anrechenbaren Kosten nach HOAI dar. Eine Aufschlüsselung erfolgt in den Vergabeunterlagen. Hinweis zum Punkt: Umfang der Auftragsvergabe -

Geschätzter Wert ohne MwSt: Die angegebene Auftragswertschätzung basiert bezüglich der Grundleistungen auf einer vorläufigen Schätzung der anrechenbaren Kosten.

5.1.7. Strategische Auftragsvergabe

Ziel der strategischen Auftragsvergabe: Keine strategische Beschaffung

5.1.9. Eignungskriterien

Kriterium:
Art: Sonstiges
Bezeichnung: Allgemeine Angaben
Beschreibung des Eignungskriteriums: Für die Abgabe der Unterlagen werden vom Auftraggeber zum Teil Musterformulare bereitgestellt, die zwingend zu verwenden sind. Sofern Unterlagen gefordert werden sollten, für deren Vorlage keine Musterformulare bereitgestellt werden, sind die Erklärungen vom Bieter selbst anzufertigen. Sofern nichts anderes ausgewiesen ist, ist die Beibringung als Eigenerklärung ausreichend. Mehrere Bieter können sich grundsätzlich zu einer Bietergemeinschaft zusammenschließen. In diesem Fall muss die Bietergemeinschaft mit ihrem Angebot eine Bietergemeinschaftserklärung (§ 43VgV) einreichen. Wird eine Bietergemeinschaft gebildet, müssen alle Mitglieder der Gemeinschaft die geforderten Unterlagen einzeln beibringen, sofern nichts anderes ausgewiesen ist. Im Hinblick auf die Eignung gilt Folgendes: Unternehmen, die in der Präqualifizierungsdatenbank AVPQ (Amtliches Verzeichnis Präqualifizierter Unternehmen) (https://amtlichesverzeichnis.ihk.de/) bzw. einer anderen für den öffentlichen Auftraggeber kostenfreien Datenbank innerhalb der EU registriert sind, können dies bei Abgabe eines Angebots durch Angabe der Registrierungsnummer angeben. Sofern vom Auftraggeber mit dem Angebot Nachweise gefordert werden, die nicht in der v. g. Datenbank enthalten sind, sind diese ergänzend einzureichen. Als vorläufiger Nachweis der Eignung für die zu vergebene Leistung kann mit dem Angebot eine Einheitlich Europäische Eigenerklärung (EEE) abgeben werden. Eignungsleihe: Ein Bieter kann sich (auch als Mitglied einer Bietergemeinschaft) zum Nachweis der Leistungsfähigkeit und Fachkunde anderer Unternehmen bedienen, ungeachtet des rechtlichen Charakters der zwischen ihm und diesem Unternehmen bestehenden Verbindung. Hierzu ist mit dem Angebot beizubringen: - Erklärung Unteraufträge /Eignungsleihe Ein Bieter kann für einen bestimmten öffentlichen Auftrag im Hinblick auf die erforderliche wirtschaftliche und finanzielle sowie die technische und berufliche Leistungsfähigkeit die Kapazitäten anderer Unternehmen in Anspruch nehmen, wenn er nachweist, dass ihm die für den Auftrag erforderlichen Mittel tatsächlich zur Verfügung stehen werden, indem er eine entsprechende Verpflichtungserklärung dieser Unternehmen vorlegt. Hierzu ist mit dem Angebot z.B. beizubringen: - Verpflichtungserklärung Unterauftragnehmer /Eignungsleiher. Der öffentliche Auftraggeber überprüft im Rahmen der Eignungsprüfung, ob die Unternehmen, deren Kapazitäten der Bieter für die Erfüllung bestimmter Eignungskriterien in Anspruch nehmen will, die entsprechenden Eignungskriterien erfüllen und ob Ausschlussgründe vorliegen. Nimmt der Bieter im Hinblick auf die Kriterien für die wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit im Rahmen einer Eignungsleihe die Kapazitäten anderer Unternehmen in Anspruch, müssen diese gemeinsam für die Auftragsausführung entsprechend des Umfangs der Eignungsleihe haften. Zur Abgabe der Erklärungen sind die Deckblätter/Musterformulare des AG zu verwenden. Sofern vom Bieter/ der Bietergemeinschaft ergänzende Unterlagen/Belege beizubringen sind, so sind diese im Anschluss an das jeweilige einschlägige Deckblatt dem Angebot beizufügen. Sofern Musterformulare nicht von allen Mitgliedern einer Bietergemeinschaft beizubringen sind, wird hierauf ausdrücklich hingewiesen. Die vorstehenden Ausführungen gelten auch für die nachfolgenden Eignungskriterien und Ausschreibungsbedingungen. Einsatz von

Nachunternehmer: Sofern der Bieter/die Bietergemeinschaft beabsichtigt, Nachunternehmer zur Auftragsdurchführung einzusetzen, hat der Bieter/die Bietergemeinschaft anzugeben, welche Teile des Auftrags er/sie als Unterauftrag zu vergeben beabsichtigt (Nachunternehmererklärung). Der Bieter/ die Bietergemeinschaft, haben (wenn dieser bei Abgabe des Angebots noch nicht bekannt ist) auf gesondertes Anfordern durch den Auftraggeber die Nachunternehmer namentlich zu benennen und nachzuweisen, dass ihnen der jeweilig benannte Nachunternehmer für die Auftragsdurchführung zur Verfügung stehen wird. Dieser Nachweis ist z.B. durch Vorlage einer entsprechenden Verpflichtungserklärung des Nachunternehmers zu führen. Der Auftraggeber überprüft, ob Gründe für den Ausschluss des Nachunternehmers vorliegen. Im Rahmen der Eignungsprüfung des vorgesehenen Nachunternehmers sind auf gesondertes Verlangen des Auftraggebers folgende Nachweise beizubringen: -Verpflichtungserklärung Nachunternehmer (sofern einschlägig), - Nachweis Befähigung zur Berufsausübung gem. § 75 Abs. 1 oder 3 VgV - Eigenerklärung zu den Ausschlussgründen nach §§ 123, 124 GWB - Eigenerklärung Selbstreinigungsmaßnahmen i.S. d. § 125 GWB (abzugeben, sofern einschlägig) - Eigenerklärung entsprechend dem BMWK-Rundschreiben vom 14.04.2022 über die Einhaltung der Sanktionen gegen die Russische Föderation (sog. "Russlanderklärung") - Berufshaftpflichtversicherung mit den geltenden Spezifikationen (siehe nachfolgend) - Angabe zu geeigneten Referenzen über früher ausgeführte Dienstleistungsaufträge. Die an die Eignung gestellten Mindestanforderungen gelten für die Nachunternehmer, die für die jeweiligen Teile des Auftrags vorgesehen sind, nicht.

Kriterium:
Art: Sonstiges
Bezeichnung: Eigenerklärung zu Ausschlussgründen
Beschreibung des Eignungskriteriums: Bei Bietergemeinschaften ist die Eigenerklärung von jedem Mitglied der Bietergemeinschaft abzugeben.

Kriterium:
Art: Sonstiges
Bezeichnung: Eigenerklärung Selbstreinigungsmaßnahmen i.S.d. § 125 GWB
Beschreibung des Eignungskriteriums: Einzureichen, soweit einschlägig. Bei Bietergemeinschaften ist die Eigenerklärung von jedem Mitglied der Bietergemeinschaft abzugeben.

Kriterium:
Art: Sonstiges
Bezeichnung: Eigenerklärung zur Umsetzung von Artikel 5k Absatz 3 der Verordnung (EU) 2022/576 des Rates vom 8. April 2022
Beschreibung des Eignungskriteriums: Bei Bietergemeinschaften ist die Eigenerklärung von jedem Mitglied der Bietergemeinschaft abzugeben.

Kriterium:
Art: Eignung zur Berufsausübung
Bezeichnung: Nachweis der Befähigung zur Berufsausübung § 75 Abs. 1 oder 2 VgV
Beschreibung des Eignungskriteriums: Erforderlich ist die Qualifikation des Auftragnehmers gem. § 75 Abs. 1-3 VgV. Nachweisform: Eigenerklärung des Bieters/Bietergemeinschaft. Nachweiszeitpunkt: Mit Abgabe des Angebotes. Im Falle einer Bietergemeinschaft ist die Unterlage von der Bietergemeinschaft als solcher einzureichen.

Kriterium:
Art: Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit
Bezeichnung: Mindestanforderung an die Eignung: Berufshaftpflichtversicherung
Beschreibung des Eignungskriteriums: Erforderlich ist, dass der Bewerber einen Berufshaftpflichtversicherung mit folgenden Spezifikationen nachweist: -mindestens 5 Mio EUR je Verstoß für Personenschäden - mindestens 3 Mio EUR je Verstoß für sonstige Schäden. Weitere Anforderung: Die Gesamtleistung des Versicherers innerhalb eines Versicherungsjahres muss mindestens das Doppelte dieser Deckungssummen betragen. Sofern ein Versicherungsschutz im vorstehenden Sinne (noch) nicht besteht, ist eine Eigenerklärung des Bewerbers/der Bewerbergemeinschaft ausreichend, wonach im Auftragsfall ein Versicherungsschutz im vorstehenden Sinne erfolgen kann (§ 45 Abs. 4 Nr. 2 VgV) und unverzüglich zu erfolgen hat. Nachweisform: Eigenerklärung Nachweiszeitpunkt: Mit Abgabe des Angebots.

Kriterium:
Art: Technische und berufliche Leistungsfähigkeit
Bezeichnung: Mindestanforderung an die Eignung - Geeignete Referenzen des Bieters/der Bietergemeinschaft (betreffend Planungsleistungen nach HOAI)
Beschreibung des Eignungskriteriums: Der Auftraggeber bewertet die technische Leistungsfähigkeit u.a. anhand von geeigneten Referenzen über früher ausgeführte Dienstleistungsaufträge in den letzten höchstens fünf Jahren mit Angabe des Erbringungszeitpunkts sowie des öffentlichen oder privaten Empfängers. Es werden nur Referenzen berücksichtigt, die nicht mehr als max. fünf Jahre zurückliegen. Ausgangspunkt für die Berechnung des entsprechenden Jahres-Korridors ist der Tag des Ablaufs der Abgabefrist der Angebote. Maßgeblich ist, dass bei der Referenz der Abschluss der beauftragten Planungsleistungen (Abschluss der Leistungsphase 8) in diesen Zeitkorridor fällt. Ob der Beginn der Leistung in den Zeitkorridor fällt, ist hingegen nicht ausschlaggebend. Taugliche Referenzleistungen sind grds. nur solche Leistungen, die nicht nur beauftragt, sondern auch bereits erbracht wurden. Als Mindestanforderung an die Eignung gilt, dass jeweils mind. 2 wertbare Referenzen vorgelegt werden müssen. Wird keine wertbare Referenz vorgelegt, erfolgt der Ausschluss aus dem Verfahren. Eine Referenz ist wertbar, wenn sie inhaltlich folgende Anforderungen erfüllt: - Mindestens 2 vergleichbare Referenzprojekte der letzten fünf Jahre mit dem Leistungsinhalt der wesentlichen Grundleistungen der Leistungsstufen 2-4 und 6-8 im Leistungsbild Objektplanung Ingenieurbauwerke nach der HOAI Der Bieter/die Bietergemeinschaft ist bezüglich der Anzahl der beigebrachten Referenzen nicht beschränkt. Nachweisform: Eigenerklärung des Bieters/Bietergemeinschaft. Nachweiszeitpunkt: Mit Abgabe des Angebotes.

5.1.10. Zuschlagskriterien

Kriterium:
Art: Preis
Bezeichnung: Honorar Planer
Beschreibung: Einzelheiten ergeben sich aus der Bewertungsmatrix sowie der Informationsunterlage.
Kategorie des Gewicht-Zuschlagskriteriums: Gewichtung (Prozentanteil, genau)
Zuschlagskriterium — Zahl: 40

Kriterium:
Art: Qualität
Bezeichnung: Persönliche Referenzen der vorgesehenen Person des verantwortlichen Planers

Beschreibung: Einzelheiten ergeben sich aus der Bewertungsmatrix sowie der Informationsunterlage.
Kategorie des Gewicht-Zuschlagskriteriums: Gewichtung (Prozentanteil, genau)
Zuschlagskriterium — Zahl: 60

5.1.11. Auftragsunterlagen

Sprachen, in denen die Auftragsunterlagen offiziell verfügbar sind: Deutsch
Internetadresse der Auftragsunterlagen: https://www.vergaben-wirtschaftsregion-aachen.de/VMPSatellite/notice/CXQ1YDMYP2S/documents
Ad-hoc-Kommunikationskanal:
URL: https://www.vergaben-wirtschaftsregion-aachen.de/VMPSatellite/notice/CXQ1YDMYP2S

5.1.12. Bedingungen für die Auftragsvergabe

Bedingungen für die Einreichung:
Elektronische Einreichung: Erforderlich
Adresse für die Einreichung: https://www.vergaben-wirtschaftsregion-aachen.de/VMPSatellite/notice/CXQ1YDMYP2S
Sprachen, in denen Angebote oder Teilnahmeanträge eingereicht werden können: Deutsch
Elektronischer Katalog: Nicht zulässig
Varianten: Nicht zulässig
Die Bieter können mehrere Angebote einreichen: Nicht zulässig
Frist für den Eingang der Angebote: 27/01/2025 12:00:00 (UTC+01:00) Mitteleuropäische Zeit, Westeuropäische Sommerzeit
Dauer, während der das Angebot gültig bleiben muss: 1 Monat
Informationen, die nach Ablauf der Einreichungsfrist ergänzt werden können:
Nach Ermessen des Käufers können einige fehlenden Bieterunterlagen nach Fristablauf nachgereicht werden.
Zusätzliche Informationen: Eine Nachforderung von Unterlagen wird im Rahmen des § 56 Abs. 2 und Abs. 3 VgV durchgeführt werden.
Auftragsbedingungen:
Die Auftragsausführung muss im Rahmen von Programmen für geschützte Beschäftigungsverhältnisse erfolgen: Nein
Elektronische Rechnungsstellung: Zulässig
Aufträge werden elektronisch erteilt: ja
Zahlungen werden elektronisch geleistet: ja

5.1.15. Techniken

Rahmenvereinbarung:
Keine Rahmenvereinbarung
Informationen über das dynamische Beschaffungssystem:
Kein dynamisches Beschaffungssystem

5.1.16. Weitere Informationen, Schlichtung und Nachprüfung

Überprüfungsstelle: Vergabekammer Rheinland c/o Bezirksregierung Köln
Informationen über die Überprüfungsfristen: (1) Die Vergabekammer leitet ein Nachprüfungsverfahren nur auf Antrag ein. (2) Antragsbefugt ist jedes Unternehmen, das ein Interesse an dem öffentlichen Auftrag oder der Konzession hat und eine Verletzung in seinen Rechten nach § 97 Absatz 6 GWB durch Nichtbeachtung von Vergabevorschriften geltend macht. Dabei ist darzulegen, dass dem Unternehmen durch die behauptete Verletzung der Vergabevorschriften ein Schaden entstanden ist oder zu entstehen droht. (3) Der Antrag ist unzulässig, soweit 1. der Antragsteller den geltend gemachten Verstoß gegen

Vergabevorschriften vor Einreichen des Nachprüfungsantrags erkannt und gegenüber dem Auftraggeber nicht innerhalb einer Frist von zehn Kalendertagen gerügt hat; der Ablauf der Frist nach § 134 Absatz 2 GWB bleibt unberührt, 2. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die aufgrund der Bekanntmachung erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden, 3. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die erst in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden, 4. mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind. Satz 1 gilt nicht bei einem Antrag auf Feststellung der Unwirksamkeit des Vertrags nach § 135 Absatz 1 Nummer 2. § 134 Absatz 1 Satz 2 GWB bleibt unberührt.
Organisation, die zusätzliche Informationen über das Vergabeverfahren bereitstellt: Stadt Bad Münstereifel
TED eSender: Datenservice Öffentlicher Einkauf (in Verantwortung des Beschaffungsamts des BMI)

8. Organisationen

8.1. ORG-0001

Offizielle Bezeichnung: Stadt Bad Münstereifel
Registrierungsnummer: 053660004004-31001-12
Postanschrift: Marktstr. 11-15
Stadt: Bad Münstereifel
Postleitzahl: 53902
Land, Gliederung (NUTS): Euskirchen (DEA28)
Land: Deutschland
Kontaktperson: Zentrale Vergabestelle
E-Mail: zvs@bad-muenstereifel.de
Telefon: +49 2253 505 177
Rollen dieser Organisation:
Beschaffer
Organisation, die zusätzliche Informationen über das Vergabeverfahren bereitstellt

8.1. ORG-0002

Offizielle Bezeichnung: Vergabekammer Rheinland c/o Bezirksregierung Köln
Registrierungsnummer: 05315-03002-81
Postanschrift: Zeughausstraße 2-10
Stadt: Köln
Postleitzahl: 50667
Land, Gliederung (NUTS): Köln, Kreisfreie Stadt (DEA23)
Land: Deutschland
E-Mail: poststelle@bezreg-koeln.nrw.de
Telefon: +49 221147-3045
Fax: +49 221147-2889
Rollen dieser Organisation:
Überprüfungsstelle

8.1. ORG-0003

Offizielle Bezeichnung: Datenservice Öffentlicher Einkauf (in Verantwortung des Beschaffungsamts des BMI)

Registrierungsnummer: 0204:994-DOEVD-83
Stadt: Bonn
Postleitzahl: 53119
Land, Gliederung (NUTS): Bonn, Kreisfreie Stadt (DEA22)
Land: Deutschland
E-Mail: noreply.esender_hub@bescha.bund.de
Telefon: +49228996100
Rollen dieser Organisation:
TED eSender

Informationen zur Bekanntmachung

Kennung/Fassung der Bekanntmachung: 2e19f327-7078-4ec5-8766-ac34221cfeca - 01
Formulartyp: Wettbewerb
Art der Bekanntmachung: Auftrags- oder Konzessionsbekanntmachung – Standardregelung
Unterart der Bekanntmachung: 16
Datum der Übermittlung der Bekanntmachung: 13/12/2024 15:36:38 (UTC+01:00) Mitteleuropäische Zeit, Westeuropäische Sommerzeit
Sprachen, in denen diese Bekanntmachung offiziell verfügbar ist: Deutsch
Veröffentlichungsnummer der Bekanntmachung: 772866-2024
ABl. S – Nummer der Ausgabe: 245/2024
Datum der Veröffentlichung: 17/12/2024